

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Stadt Schortens

Sitzungstag: Mittwoch, 04.09.2013
Sitzungsort: Rathaus Heidmühle, Oldenburger Str. 29
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 18:25 Uhr

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende/r
Peter Eggerichs

Ausschussmitglieder
Horst-Dieter Freygang
Axel Homfeldt
Elena Kloß
Hans Müller
Heinrich Ostendorf
Susanne Riemer
Martin von Heynitz
Karl Zabel

Vertretung Frank Michael Stubenhöfer
Vertretung Prof.-Dr. Hans Günter Appel
Vertretung Dörthe Kujath

Von der Verwaltung nehmen teil:
Bürgermeister Gerhard Böhling
StOAR Elke Idel
StOI Marco Kirchhoff
VA Uta Bohlen-Janßen

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung

Es wird einstimmig beschlossen, die Tagesordnung um den TOP „Haushaltsgenehmigung vom Landkreis Friesland“ zu erweitern. Dieser TOP wird als neuer TOP 9 geführt. Die nachfolgenden TOP verschieben sich entsprechend.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 29.05.2013 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

6. 2. Quartalsbericht 2013 Teilhaushalt 11 -
Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung **SV-Nr. 11//0800**

VA Bohlen-Janßen erläutert den Bericht.

RM Eggerichs erkundigt sich hinsichtlich den Abweichungen bei den Abschreibungen, den Transferaufwendungen und den Personalkosten.

VA Bohlen-Janßen fügt hinzu, dass es sich hierbei im Wesentlichen um uneinbringliche Forderungen handle, welche abgeschrieben werden müssen. StOAR Idel ergänzt, dass es sich bei den Transferaufwendungen um erhöhte Zuschüsse an das Gründerzentrum handle.

In Bezug auf die Personalkosten erläutert BM Böhling, dass diese auf das vollständige Jahr hochgerechnet wurden und sich die Differenz mit der Jahressonderzahlung im November entsprechend angleichen werde.

7. 2. Quartalsbericht 2013 Teilhaushalt 61 - allgemeine Finanzwirtschaft
SV-Nr. 11//0801

VA Bohlen-Janßen erläutert den Bericht.

RM Eggerichs bittet um eine Erläuterung bezüglich der Abweichung bei den Zinsaufwendungen. StOAR Idel erklärt, dass die Zinsen zunächst für das komplette Jahr kalkuliert wurden. Im Haushaltsjahr 2013 wurden die Kredite jedoch nicht in dem im Vorfeld geplanten Umfang aufgenommen. Insgesamt ergebe sich jedoch lediglich eine Verschiebung der Zinsbelastung in die Zukunft.

8. 2. Finanzbericht 2013 **SV-Nr. 11//0802**

Der von VA Bohlen-Janßen erläuterte Bericht wird zur Kenntnis genommen.

9. Haushaltsgenehmigung vom Landkreis Friesland

StOAR Idel fasst einleitend die wesentlichen Punkte der Haushaltsgenehmigung des Landkreises Friesland zusammen.

RM Homfeld merkt an, dass der Landkreis mit dieser Genehmigung konkrete Vorgaben mache und die Stadt Schortens insofern in ihrem Handeln einschränke, sodass sich die Frage hinsichtlich der Verbindlichkeit dieser Vorgaben stelle.

BM Böhling erläutert, dass die Genehmigung grundsätzlich bindend sei und darüber hinaus teilweise Empfehlung mit pauschalen Aussagen beinhalte. Bindend sei die Haushaltsgenehmigung lediglich in Bezug auf die genehmigungspflichtigen Teile der Haushaltssatzung. BM Böhling fügt hinzu, dass er durch den VA beauftragt worden sei, die oberste Kommunalaufsicht bezüglich der Haushaltsgenehmigung vom Landkreis anzuschreiben. Eine Antwort stehe bis zum heutigen Zeitpunkt allerdings noch aus.

Auf Nachfrage von RM Freygang, ob die Genehmigung über das Jahr 2013 hinaus gelte, erläutert BM Böhling, dass dieses zunächst nur für das aktuelle Haushaltsjahr der Fall sei.

RM Eggerichs merkt an, dass man bisher noch keine Erfahrung habe, wie konkret mit einer derartigen Haushaltsgenehmigung umzugehen sei und dass es wichtig sei, gemeinsame Gespräche mit dem Landkreis zu führen.

RM Homfeld ergänzt, dass es grundsätzlich richtig sei, eine Struktur in den Haushalt zu bringen.

RM Kloß erläutert beispielhaft den Gesamtbereich der Personalwirtschaft beim Landkreis Friesland und merkt an, dass man in einer Personalkostendiskussion nicht nur die Drittkräfte ansprechen könne.

RM Ostendorf gibt zu bedenken, dass man gemeinsam beschlossen habe, die Personalkosten in den nächsten fünf Jahren auf unter 25 % des Gesamtetats zu senken und man dieses Ziel nicht nach einem Jahr aufgeben solle.

BM Böhling merkt an, dass die Gesamtaufwendungen bei der Stadt Schortens erheblich geringer seien als bei vergleichbaren Kommunen. Insofern seien auch Vergleiche einer Personalkostenquote im Zusammenhang mit den Gesamtaufwendungen schwierig. Das eigentliche Problem sei derzeit vielmehr ein nicht ausgeglichener Haushalt.

RM Freygang erklärt, dass man weiterhin dieses Ziel verfolgen wolle, allerdings auch an den Drittkräften festhalten und die tariflichen Ansprüche berücksichtigen werde.

RM von Heynitz fügt hinzu, sofern das beschlossene Ziel schon jetzt nicht zu erreichen sei, solle man sich ein neues realistisches Ziel setzen.

BM Böhling ergänzt, dass ein Großteil der Personalkosten im sozialen Bereich anfalle und dieses auch politisch gewollt sei. Im Rathaus seien beispielsweise weitere Personalkosteneinsparungen nur möglich, sofern man Aufgaben abgebe, wie es im Bereich der Grundsicherung der Fall sei.

Weiterhin wolle man zunächst die Antwort von der obersten Kommunalaufsicht abwarten.

10. Haushalt 2013 - 2. Nachtrag **SV-Nr. 11//0806**

StOAR Idel berichtet einführend über die wesentlichen Aspekte der Sitzungsvorlage.

RM Homfeld begrüßt die positive Entwicklung, regt aber zudem an, dass man Überschüsse erwirtschaften und dieses Signal auch nach außen tragen müsse.

Auf Nachfrage von RM Freygang, wie es sich mit den Haushaltsausgaberesten verhalte, erläutert StOAR Idel, dass es sich hierbei beispielsweise um Baumaßnahmen aus dem letzten Jahr handle, welche noch nicht vollständig abgeschlossen seien oder aber um Feuerwehrfahrzeuge, welche noch nicht abschließend beschafft wurden und für die Maßnahmen am Ende des Jahres ein entsprechender Haushaltsausgaberest gebildet wurde.

Weiterhin erkundigt sich RM Freygang nach den erhöhten Ansätzen für die Brücke im Klosterpark und den Mitfahrerparkplatz. StOAR Idel erklärt, dass es sich hierbei um vorsorgliche Ansätze handle und dieses entsprechend im Fachausschuss beraten wurde.

Auf Nachfrage von RM Eggerichs, ob man bei der Vorgabe vom Landkreis, dass der Fehlbedarf unter dem des Vorjahres liegen müsse, nun den 2. Nachtragshaushalt berücksichtigen müsse, erläutert StOAR Idel, dass man aufgrund der Formulierungen nur vom Stammhaushalt und nicht vom Nachtragshaushalt ausgehen könne.

RM von Heynitz begrüßt ebenfalls die positive Entwicklung, führt jedoch an, dass man sich bei der abschließenden Abstimmung aufgrund des Freizeitbades enthalten werde.

Es wird mehrheitlich empfohlen:

Der Rat möge beschließen:

Die dem Originalprotokoll im Original beigegefügte 2. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Nachtragshaushaltsplan 2013 und Änderung des Investitionsprogramms 2013 wird beschlossen.

11. Vorberatung Haushalt 2014 - Eckwertempfehlung für die Fachausschüsse **SV-Nr. 11//0805**

StOAR Idel stellt die wesentlichen Punkte der Sitzungsvorlage vor.

Auf Nachfrage von RM Eggerichs, wie die Schwankung im Haushaltsjahr 2015 zu erklären sei, erläutert StOAR Idel, dass die Abschreibungen für das Freizeitbad noch nicht vollständig eingebucht seien.

Ebenfalls erkundigt sich RM Eggerichs dahingehend, welche Sanierungsmaßnahmen in welchem Haushalt zu berücksichtigen seien. StOAR Idel merkt an, sofern die Stadt Schortens für bestimmte Maßnahmen Zuweisungen aus dem öffentlichen Bereich erhalte, sei diese Maßnahme als investiv anzusehen. Ob dieses auch bei Zuschüssen aus dem privaten Bereich gelte, soll in der Niederschrift beantwortet werden.

(Anmerkung der Verwaltung:

Eine Sanierungsmaßnahme bzw. Modernisierungsmaßnahme ist nur dann als wesentliche Verbesserung und somit auch als investiv anzusehen, wenn die Stadt hierfür eine Zuwendung oder einen zinsvergünstigten Kredit von der Europäischen Union, dem Bund, dem Land oder einer Förderbank als Investitionshilfe erhält. Der private Bereich fällt somit nicht darunter.)

Es wird einstimmig empfohlen:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Der Verwaltungsentwurf des Ergebnishaushaltes 2014 wird mit einem Fehlbedarf von 1.133.949,15 Euro zur Kenntnis genommen und an die Fachausschüsse zur weiteren Beratung zwecks Reduzierung des Defizits verwiesen.

12. Anfragen und Anregungen:

RM Riemer regt an, sehr kleine Tabellen übersichtlicher – beispielsweise auf einem größeren Papierformat – darzustellen.